

Mehr Sportförderung

SPD lehnt Kreishaushalt 2011 trotzdem ab



Sozialdemokraten vor Ort in Ebergötzen. Hier erfuhren die Abgeordneten frühzeitig vom dringenden Bedarf für die Sportförderung.

„Nach mir die Sintflut“ – so könnte das Motto des scheidenden Landrats für den Haushaltsentwurf 2011 lauten. Seit Jahren besteht das Zahlenwerk des Landkreises nach Feststellung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Jörg Wieland aus Luftnummern. Der Verkauf des Jugend- und Schullandheimes Pelzerhaken an der Ostsee ist dafür ein trauriges Beispiel. Jahr für Jahr plane der Landrat drei Millionen Euro Einnahmen ein, doch die Bauten verfallen immer mehr.

Der mit knapper Mehrheit durchgeboxte Verkauf liegt auf Eis, die versprochenen Einnahmen sind nicht in Sicht. Der Kaufvertrag kommt ohnehin nur zustande, wenn die Stadt Neustadt ihren Bebauungsplan doch noch bis zum 30. November 2011 ändert. „Sie überlassen Ihrem Nachfolger damit einen Schandfleck an der Ostsee, der einst die Perle des Landkreises war“, kritisierte Wieland und wird mit diesen Aussagen ausführlich in der Presse zitiert. Eingeschlagene Fenster, Unkraut überall, Schimmel an den Wänden

zeichneten ein erschütterndes Bild des Versagens des Landrates.

Weiterer Kritikpunkt der SPD am Haushalt: Die Gestaltung des demografischen Wandels wird nicht angepackt, obwohl der Landkreis die Bevölkerung eines Mittelzentrums in der Größe von Duderstadt verlieren könnte. Der zuständige Ausschuss hat seit über einem Jahr nicht mehr getagt, weil der Landrat blockiert. „Der demografische Wandel muss endlich Chef-Sache werden“, forderte Wieland. Dazu brauche der Landkreis einen Demografie-Beauftragten mit voller Stelle, den die SPD-Fraktion auch beantragte. Die schwarz-grüne Mehrheit lehnte ab.

Hoffnung auf einen ausgeglichenen Haushalt macht noch nicht einmal der Landrat. Laut seiner Planung ist damit erst im Jahr 2050 (!) zu rechnen. „Das ist eine enkelfeindliche Politik, das können wir nicht mittragen“, erklärte Wieland.

Fortsetzung auf Seite 2 >>>

Liebe Leserin,
lieber Leser,

aus der Kreispolitik gibt es Erfreuliches und Kritisches zu berichten. So erleben wir im Kreistag, dass wir ab und an die Möglichkeit haben, die (knappe) Mehrheit von unseren Initiativen zu überzeugen. Der gesamte Kreistag teilt unsere Sorgen um die Arbeitsplätze beim Wasser- und schiffahrtsamt Hann. Münden.

Die Fortführung des Sportstättenförderungsprogramms ist ein wirklich schöner Erfolg, auf dem wir uns aber nicht ausruhen wollen. Mit dem Beschluss, den Landkreis spätestens ab 2040 ausschließlich mit erneuerbaren Energien zu versorgen, haben wir einen wichtigen Impuls gesetzt, der nun Schritt für Schritt mit Leben gefüllt werden muss.



Wir freuen uns natürlich, wenn die Abgeordneten anderer Fraktionen unsere Initiativen unterstützen und damit unsere ausdauernde Sacharbeit anerkennen. Doch warum wurde unser Antrag abgelehnt, ein Tourismusförderprogramm aufzulegen? Warum musste erst das Verwaltungsgericht die unsinnige Kündigung des Vertrages mit der Tagespflegebörse zu Lasten von Kindern stoppen? Und warum erkennen Kreistagsmehrheit und Landrat nicht endlich, wie sehr sie sich beim „Verkauf“ des Landschulheimes Pelzerhaken verkalkuliert haben? Die Anlage verfällt, und die Einnahmeposition im Kreishaushalt ist eine Luftbuchung.

In dieser Ausgabe von „Landkreis aktuell“ berichten wir über konkrete Themen. Manchmal können wir Erfolge vermelden, manchmal müssen wir begründete Kritik üben. Es gibt weiter viel zu tun – packen wir es gemeinsam an!

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht
Ihr Jörg Wieland
Fraktionsvorsitzender

Der finanzpolitische Fraktionssprecher Gerhard Nolte macht zudem deutlich, dass der vom Landrat gepriesene Abbau von Schulden äußeren Umständen geschuldet sei, auf die der Landrat keinen Einfluss gehabt hätte. Und: „Der Landkreis sitzt immer noch auf 100 Millionen Euro Miesen“, hielt er dem Landrat vor.

Der Kreistagsabgeordnete Reinhard Dierkes ging in seinem Wortbeitrag auf die desolante Schulpolitik des Landkreises ein. Er machte deutlich, dass Dezernent Wucherpfenning endlich einen Schul-Stan-

dort-Entwicklungsplan vorlegen müsse. Dies sei im Dezember 2007 vom Kreistag beschlossen. Bisher sei kein einziger Plan präsentiert worden. „Der Landkreis ist planlos in der Bildungspolitik“, resümierte Dierkes.

Großes Gelächter ertete der Landrat als er behauptete, mit der Einrichtung weiterer Gesamtschulen betreibe der Landkreis auch ohne Plan eine systematische Schulpolitik. Gegen den Widerstand des Landrates durchgesetzt wurde die Einrichtung von Gesamtschulen in Bovenden und Gie-

boldehausen. Durchsetzen konnte sich die SPD im Laufe der Kreis-Haushaltsberatungen mit der Fortsetzung des Sportstättenförderprogramms über das Jahr 2011 hinaus. Der Landrat dagegen wollte das Programm stoppen.

Wichtige Ziele im Bereich Bildung (gute Bildung für alle mit einem kommunalen Bildungsplan) und die Festschreibung der Energiewende (100 Prozent erneuerbare Energien bis 2040) verankerten die Sozialdemokraten zusätzlich im Haushalt des Landkreises.



Das Podium der Jühnder Diskussionsveranstaltung.

Foto: Starosta

100 Prozent Energiewende

Eine Versorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien im Landkreis ist machbar. Und nötig. Das ist das Fazit einer Veranstaltung der SPD-Fraktion vor Ort im Bioenergiedorf Jühnde. Fraktionschef Jörg Wieland stellte gleich zur Begrüßung fest: „Die Behauptung, die Erneuerbaren seien teurer als die fossile Energie, ist eine Mär“. Die Kreistagsabgeordnete Ingrid Möhring wies auf den von der SPD initiierten Kreistagsbeschluss vom Dezember 2010 hin, wonach die Energieversorgung im Landkreis bis 2040 Schritt für Schritt auf erneuerbare Energien umgestellt wird. „Wir wollen das“, sagte Möhring.

Der Bundespolitiker Wolfgang Tiefensee bezeichnete dieses Ziel als machbar. „Das ist eine große Chance für den ländlichen Raum, denn dieser profitiert enorm von der Energiewende.“ Hier könne ein breiter Energiemix erreicht und eine dezentrale Versorgung aufgebaut werden. Bioenergiedörfer wie Jühnde und Barlissen seien dafür ein exzellentes Beispiel.

Dem schloss sich der Osteroder Landrat Bernhard Reuter an und forderte dazu auf, das Thema entschlossen regional voranzutreiben. Die erneuerbaren Energie würden nach Schätzungen der Experten in zwei Jahrzehnten 700 000 Jobs schaffen. „Die Erneuerbaren schaffen mehr Jobs als die deutsche Automobilindustrie“, sagte Reuter. Bis 2020 werde sich die Wertschöpfung der erneuerbaren Energien verdoppeln, prophezeite Reuter.

Doreen Fragel von der Energieagentur (ERG) legte ihren Schwerpunkt auf den Bewusstseinswandel in der Bevölkerung. Die Energiewende sei nur mit Einsparungen zu erreichen. „Jede Kilowattstunde, die wir nicht verbrauchen, müssen wir gar nicht erst erzeugen“, sagte Fragel. Die Agentur bietet eine umfassende Beratung. Auch im ländlichen Raum sei die Altbausanierung ein wichtiges Themen.

Heiko Lohrengel, Centrum für Neue Energien, machte die Chancen neuer Projekte deutlich. Das Bioenergiedorf Jühnde pro-

duziere doppelt soviel Strom wie benötigt. „Die Elektromobilität kann für uns einen neuen Absatzweg bieten“, erläuterte der Energiefachmann. Der ländliche Raum sei hervorragend für die E-Mobilität geeignet.

Von den knapp 100 Gästen wurde eine Verbesserung im Planungsrecht der Kommunen gefordert. Das Recht sei veraltet, die erneuerbaren Energien würden teilweise benachteiligt.

Kurz zitiert

Wolfgang Tiefensee, MdB

„Der Ausstieg aus dem Atomausstieg war eine schwachsinnige Entscheidung. Wir brauchen jetzt verlässliche Bedingungen für die Energiewende.“

Bernhard Reuter, Landrat

„Erneuerbare Energien bringen Geld in die Dörfer. Die Energiewende ist für den Klimaschutz unerlässlich. Die Region Göttingen ist ein Zentrum für Forschung und Entwicklung der regenerativen Energien.“

Doreen Fragel, Energieagentur

„Wenn wir die Energiewende wollen, müssen wir alle etwas tun. Zurzeit bauen wir eine Solardachbörse auf und initiieren ein Netzwerk mit EU-Fördermitteln. Auch arbeiten wir an einem Programm zur Altbausanierung.“

Heiko Lohrengel, CNE Jühnde

„Wir müssen viel stärker bei der praktischen Umsetzung ansetzen. Ich kann mir vorstellen, das Centrum für Neue Energie (CNE) als Landeskompetenz-Zentrum weiterzuentwickeln.“



Region = Hann. Münden



Region = Duderstadt



Region = Göttingen



Region = Northeim



Region = Dransfeld

Region Südniedersachsen

Mythos und Wahrheit

Die Presse hat in den vergangenen Wochen in großer Aufmachung über die Bildung einer Region berichtet. Sogar der Aprilscherz griff das Thema auf. Aber ist das Thema auch bei den Menschen präsent? Wir geben einen Überblick über die Debatte, liefern Hintergrund-Informationen und regen zur Diskussion an. Schreiben Sie uns doch Ihre Meinung (Adresse auf S. 6)!

Die Landesregierung hat einen großen Reformbedarf für die kommunale Organisation erkannt. Im Sommer 2010 hat sie das „Hesse-Gutachten“ vorgelegt. Für Südniedersachsen empfiehlt der Gutachter einen Zusammenschluss der Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode am Harz. Der Innenminister hält den Reformdruck für so groß, dass er Zwangsfusionen ankündigt, falls freiwillig nichts passiert.

Auch die größten Ignoranten können drei Tatsachen nicht umgehen:

1. Lebten im Jahre 2002 in Südniedersachsen rund 580 000 Menschen, so werden es im Jahr 2031 nur noch 480 000 sein. Besonders gravierend ist dabei, dass der Anteil der 30 bis 44-jährigen um über ein Drittel schwindet. Der massive Bevölkerungsrückgang führt zu Einbrüchen bei der Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen sowie bei der Wirtschafts- und Steuerkraft.

2. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaft attestiert der Region seit Jahren eine „Strukturschwäche“, die ohne Strukturänderung „nur mit Hilfe von außen“ lösbar sei.

3. Seit Abschaffung der Bezirksregierungen im Jahr 2005 gibt es keine einheitliche Landesverwaltung mehr. Den Kommunen fehlt der einheitliche Ansprechpartner. Die kommunale Ebene ist mehr gefordert als bisher. So wurden Aufgaben etwa im Naturschutz auf die Landkreise verlagert. Schon das „Weber-Gutachten“ forderte Ende der 60er Jahre für den Fall der Abschaffung der Bezirksregierungen maximal zehn bis zwölf Landkreise für Niedersachsen. Zurzeit gibt es 37.

Die SPD beantragte 2006 im Göttinger Kreistag, wenigstens einen Zweckverband der Landkreise für Regionalplanung zu gründen. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, in dem die kleine Kreisebene die Regionalplanung macht. Die Initiative scheiterte. Die Grünen beantragten 2008, die Chancen einer Verfassten

Region zu prüfen – ohne Ergebnis. Die SPD-Fraktion setzte das Thema im Frühjahr 2010 wieder auf die Tagesordnung.

Am 29. März 2011 beschloss der Kreisausschuss mit breiter Mehrheit die Beteiligung an einem regionalen Gutachten. Damit sollen die Vor- und Nachteile sowie die Optionen einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit bis zur Gestaltung einer gemeinsamen Region geprüft werden. Das Gutachten soll bis Herbst 2011 vorliegen.

Welche Möglichkeiten könnte es geben?

1. Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit ohne Strukturveränderungen.

2. Fusion von Landkreisen, entweder mit oder ohne den Landkreis Göttingen. Bei dessen Beteiligung würde die Stadt Göttingen kreisfrei.

3. Bildung einer Verfassten Region, in der die drei Landkreise Göttingen, Osterode am Harz und Northeim aufgehen und das Verhältnis mit dem Oberzentrum Stadt Göttingen gesetzlich geregelt wird (Modell Region Hannover).

4. Schaffung einer neuen kommunalen, demokratisch verfassten Ebene oberhalb der Landkreise (Modell Region Stuttgart).

Die SPD-Fraktion sieht Veränderungen der Kreisstrukturen nicht als Frage des „Ob“, sondern des „Wann“ und des „Wie“. Wichtig ist, dass der Landkreis Göttingen seine Perspektiven analysiert und seine Interessen offensiv vertritt. Das geht nur, wenn die Handelnden gesprächsbereit sind und den Landkreis stark vertreten, damit in Hannover nicht über die Köpfe der Betroffenen entschieden wird.

Klar ist auch, dass eine Kreisreform mit Interessen des Gemeinwohls begründet werden müssen. Die SPD-Fraktion fordert nach Vorlage des Gutachtens eine Bürgerbeteiligung. Außerdem muss die Servicequalität und Bürgernähe der Kommunalverwaltung gehalten und, wo nötig, verbessert werden. Voraussetzung ist auch, dass Landesaufgaben und -behörden dezentralisiert werden, so dass mehr Entscheidungskompetenzen und mehr Arbeitsplätze in die Region kommen. Zudem müssen auch die Belange der Beschäftigten der Kreisverwaltungen berücksichtigt werden.

Bundespräsident Gustav Heinemann hat die Aufgaben einmal sehr treffend beschrieben: „Wer nichts verändern will, wird auch noch das verlieren, was er bewahren will“.

Fraktion vor Ort in sozialen Betrieben

Hilfen durch Arbeit

Welche Hilfen benötigt die Handweberei Rosenwinkel, um als sozialer Wirtschaftsbetrieb für die Zukunft gerüstet zu sein? Die SPD-Kreistagsfraktion ging dieser Frage vor Ort nach, weil im Kreistag eine Diskussion aufgekommen war, die für die betroffene Einrichtung mit ihrem über 150 Mitglieder zählenden Trägerverein gar nicht gelegen kam.

Die Liberalen zeichneten ein Bild, wonach dem Betrieb nötige wirtschaftliche Kenntnisse fehlten. „Dabei haben wir schon fast jede genauestens dokumentierte Unternehmensberatung mitgemacht, die man sich vorstellen kann“, berichtete Geschäftsführerin Silvia Hesse den Kreistagsabgeordneten. Sie waren zum Rittergut Besenhausen an der Grenze zu Thüringen angereist. Nicht ohne Stolz verwies Werkstattleiterin Nele Knierim, eine

Die Handweberei Rosenwinkel ist ein sozialer Betrieb, dessen Ziel die Schaffung von Ausbildungs- und Dauerarbeitsplätzen für benachteiligte Menschen ist. Zugleich soll durch die Verbindung von traditioneller Handwerkskunst und modernem Design ein wichtiger Beitrag zur textilen Gegenwartskultur geleistet werden.

Die Ladengalerie im Rittergut Besenhausen hat Mi. bis Fr. 12-17 Uhr, So. 12-17 Uhr geöffnet. Telefon 05504-7497

Schauweberei Mi.-Do. 12-16 Uhr, Fr. 12-15 Uhr und zusätzlich an den Wochenenden der offenen Tür

ausgebildete Textildesignerin, auf den Innovationspreis 2010 des Landkreises Göttingen. Mit einer speziellen Filz-Reservierungstechnik schaffte es die auf kleine Stückzahlen spezialisierte Handweberei, eine Stoffoberfläche zu erzeugen, die etwa bei Inneneinrichtern, Architekten, Raumausstattern, Systembüro-einrichtern und Akustikberatern neue Einsatzgebiete verspricht.

„Die Handweberei kann sehr flexibel reagieren und durch minimales Umstellen der Kettichte, Schussdichte oder der Bindung, das Gewebe für jede Anforderung optimieren“, heißt es in der Begründung für den dritten Platz in der Kategorie „Handwerk und Dienstleistungen“. Als Preis gab es ein Experten-Coaching im Wert von 3000 Euro. Friederike Sidio, Vorsitzende des Trägervereins: „Eine generelle Unkenntnis über die Marktverhältnisse lassen wir uns nicht unterstellen!“

Es sei schließlich kein Zufall, dass die Handweberei seit fast 20 Jahren existiere. Sie ist mit 14 Webstühlen ausgestattet; der älteste stammt von 1870. Zwei Geräte sind computergesteuert und lassen sogar die Herstellung komplizierter Muster zu, etwa bei Kindersachen und Kirchentextilien.

Bereits vor gut drei Jahren wurde der Personalstamm auf elf Stellen mehr als halbiert. Brunhild Ralle, sozialpolitische Fraktionssprecherin: „Die öffentlichen Zuschüsse sind bei der Handweberei durchweg gut angelegtes Geld.“

Positive Erfahrungen

Die Neue Arbeit Brockensammlung ist eine soziale Einrichtung des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises



Aufmerksame Zuhörer: Werkstattleiterin Nele Knierim und Vereinsvorsitzende Friederike Sidio erklären den Kreistagsabgeordneten die Geheimnisse des Webens.

Göttingen. Sie bietet langzeitarbeitslosen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie verfolgen das Ziel, durch Qualifizierung und Arbeitserfahrung einen (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Auch hier informierte sich die SPD-Fraktion vor Ort und sprach mit den Mitarbeitern und der Geschäftsführung.

Bei dem Besuch vor Ort ging es vor allem um die arbeitsmarktpolitischen Projekte des Landkreises. Martin Steinberg, Diakoniebeauftragter des Kirchenkreises, wies daraufhin, wie erfolgreich die „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (Ein-Euro-Jobs) bei der Brockensammlung wirken. „In den vergangenen Monaten wird bundesweit eine massive Negativ-Kampagne gegen diese Jobs geführt. Aus unserer Erfahrung wissen wir aber, dass diese Jobs den Menschen bei uns helfen“, sagte Steinberg. Es finde bei diesen Jobs keine Entwürdigung von Menschen statt, sondern genau das Gegenteil. Für die Fraktion

Die Neue Arbeit Brockensammlung in der Göttinger Levinstraße ist eine Einrichtung des ev.-luth. Kirchenkreises Göttingen. Kerngedanke ist es, funktionsfähige und wieder verwendbare Dinge zu erhalten. So werden gespendete Kleidung, Möbel, Bücher und Hausrat im Gebrauchtmöbelkaufhaus angeboten.

Der Betrieb bietet langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen.

kritisierte die sozialpolitische Sprecherin Brunhild Ralle die Kürzungen des Bundes bei den Eingliederungshilfen.



Bewährte Einrichtung: Die Brockensammlung.

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Hann. Münden Sorge um 190 Arbeitsstellen

Der Göttinger Kreistag hat sich in seiner März-Sitzung einstimmig für einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ausgesprochen. Darin wird der Erhalt des Wasser- und Schifffahrtsamtes Hann. Münden (WSA) gefordert wird.

„Funktionierende Strukturen werden zerschlagen“, warnte der Mündener Kreistags- und Landtagsabgeordnete Ronald Schminke. Das schade massiv den rund 190 Beschäftigten des Wasser- und Schifffahrtsamtes.

Die Pläne des Landkreises und der Stadt Hann. Münden, die Weserumschlagstelle als Binnenhafen zu entwickeln, verträgen sich nicht mit den Schließungsabsichten der Bundesregierung. Für den Ausbau werde das WSA als ganz wichtiger Partner gebraucht. Schminke: „Wenn der Bund die Weser nicht mehr für den Transport von Gütern vorsieht und nicht mehr entsprechend bewirtschaftet, droht zahlreichen



MdL Ronald Schminke und MdB Thomas Oppermann informierten sich bereits 2009 über das WSA Hann. Münden.

Arbeitsplätzen die Vernichtung. Das wäre ein schwerer Schlag für den Mündener Wirtschaftsstandort und die Region.“

Nach den Berliner Plänen soll die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung weitestgehend privatisiert werden. Detailkonzepte soll das Bundeswirtschaftsministerium dem zuständigen Ausschuss bereits bis 30. April 2011 vorlegen. Mittelbar betroffen wäre unter anderem die Firma Richter (Maschinenbau) aus

Hess. Lichtenau. Sie braucht den Weserhafen in Hann. Münden, um überschwere Güter zu ihren Kunden zu transportieren. Der Kreistag fordert den Bund in der Resolution auf, an dem politischen Ziel festzuhalten, den Anteil des Gütertransportes auf den Wasserstraßen im gesamten Zuständigkeitsbereich des WSA Hann. Münden zu steigern. „Werra und Weser dürfen nicht ausschließlich dem Wassertourismus dienen“, sagte Schminke.

Demografie: gegen Schwund

Bis 2031 wird der Landkreis fast 24 000 Einwohner verlieren. Das sehen Statistiker voraus. „Dieser dramatische Bevölkerungsschwund in der Größenordnung eines Mittelzentrums wie Duderstadt oder Hann. Münden lässt sich nicht aufhalten. Aber der Wandel lässt sich gestalten. Damit muss der Landkreis endlich anfangen“, fordert der SPD-Kreistagsabgeordnete Sören Steinberg.

Der Demografie-Ausschuss war bereits 2007 durch den Kreistag eingerichtet worden. Er hat den Auftrag, allen Kreistagsausschüssen zuzuarbeiten. Doch seit über einem Jahr hat das Gremium nicht mehr getagt. „Der Unterausschuss befindet sich im Dornröschenschlaf“, beklagt Steinberg. Das lastet die SPD-Fraktion dem scheidenden Landrat an. „Herr Schermann hat den demografischen Wandel acht Jahre lang verschlafen“, kritisiert Fraktionschef Jörg Wieland. In anderen Landkreisen sei das Thema längst Chefsache.



Was passiert im Fall des Falles?
Demonstration vor dem Atomkraftwerk
Grohnde an der Weser im Januar 2011.

Atomkritik auf breiter Basis

Die SPD-Kreistagsabgeordnete Ingrid Möhring fühlte sich an eine frühere Rede aus dem Jahr 1995 erinnert: „Ein kleiner Fehler kann letztlich Auswirkungen auf hunderttausende Menschen haben.“ Aus einer Initiative ihrer Fraktion wurde im Laufe der Beratungen eine interfraktionelle Resolution. Darin spricht der Kreistag den Angehörigen der Opfer des Erdbebens, der Flutkatastrophe und des Atomunfalls sein Mitgefühl aus. Im Wortlaut: „Der Kreistag ist tief betroffen vom Leid der Menschen in Japan.“

Der Kreistag stellt parteiübergreifend fest, dass die Risiken der Kernenergie durch den Menschen nicht beherrschbar

sind, insbesondere wenn nicht vorhersehbare Ereignisse eintreten. Das gelte für jeden Standort überall auf der Welt. Das Atom-Moratorium der Bundesregierung sei keine ausreichende Reaktion auf die schrecklichen Ereignisse in Japan. Aufgrund der unkalkulierbaren Risiken fordert der Kreistag die Bundesregierung zu einem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie und zur Stilllegung des AKW Grohnde auf.

Diese s AKW ist Luftlinie nur 55 Kilometer von der Kreisgrenze entfernt. Wenn es dort zu einem größeren Unfall kommen sollte, werde auch der Landkreis Göttingen betroffen sein, warnte der Kreistag in seiner Resolution.

Zur Person: Ruth Fleischer

Anschrift Auf der Wessel 57
37085 Göttingen

Telefon 0551/792877

E-Mail ruthfleischer@gmx.de

Jahrgang 1946, verheiratet, 2 Kinder
seit 1991 Kreistagsabgeordneter

Beruf Juristin

Ausschuss Ausschuss für Bau, Wirtschaft und
Verkehr

Funktion Stellv. Fraktionsvorsitzende

Weitere Mandate Zweckverbandsversammlung
Sparkasse Göttingen

Zur Person: Reinhard Dierkes

Anschrift Adolf-Kolping-Ring 27
37434 Bilshausen

Telefon 05528/982274

E-Mail reinhard-dierkes@t-online.de

Jahrgang 1950, verheiratet, 2 Töchter
seit 1996 Kreistagsabgeordneter

Beruf Realschullehrer

Ausschüsse Kultur/Sport/Partnerschaften
(Sprecher), Schulausschuss

Funktion Stellv. Fraktionsvorsitzender

Weitere Mandate Verwaltungsrat Sparkasse Duderstadt,
SPD-Fraktionsvorsitzender im
Samtgemeinderat Gieboldehausen

Schüler warten zu lange

Der Kreistag hat einstimmig einen Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, die aktuell geltende Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Göttingen vom August 1994 zu aktualisieren. Die Initiative zielt insbesondere auf den Paragraphen 7 über die Wartezeiten



von Schülerinnen und Schülern. In dem Beschluss heißt es: „Die Wartezeiten sind per Satzung auf maximal 60 Minuten zu begrenzen“. Die gültige Satzung berücksichtigt nicht,

dass der Nachmittagsunterricht zum Regelfall geworden sei, begründet der Kreistagsabgeordnete Sören Steinberg (Bild). Es habe keine Anpassung der Satzung gegeben. Die bisherige Regelung sieht bei Nachmittagsunterricht bislang überhaupt keine Wartezeitbegrenzung vor. Dies wird nun geändert.

Tourismus ohne Förderung

Abgelehnt hat die schwarz-grüne Kreistagsmehrheit den haushaltswirksamen Antrag der SPD-Fraktion, ein Tourismusförderprogramm aufzulegen. Über drei Jahre sollten Zukunftsinvestitionen angeregt werden, die im besten Falle ein Volumen von 7,5 Mio. Euro erreicht hätten. Damit wären heimische Arbeitsplätze gesichert worden, stellt die SPD-Fraktion fest, und fügt hinzu: „Tourismusförderung ist Wirtschaftsförderung.“ Die steht allerdings in der Priorität des jetzigen Kreistagsbündnisses ganz weit hinten, kritisiert die Fraktion.

Hilfe für Handweberei

Die Handweberei Rosenwinkel erhält vom Landkreis Göttingen einen einmaligen Zuschuss für die Vermarktung des Produkts „gewebte Strukturen“ in Höhe von 5000 Euro. Das beschloss der Kreistag nach kontroverser Debatte letztlich einstimmig. Dem Kreistagsbeschluss vorausgegangen war eine öffentliche Debatte über die Zukunftsfähigkeit der Handweberei, einem sozialen Betrieb für Frauen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance hätten (siehe Seite 4!).

Die FDP-Kreistagsfraktion hatte in einem Antrag an den Sozialausschuss die Behauptung aufgestellt, die Handweberei sei nicht ausreichend in der Lage, ihre Produkte abzusetzen. Eine Debatte „über die Köpfe des Betriebes hinweg“ lehnte die SPD-Kreistagsfraktion jedoch entschieden ab. Statt viel zu hoch angesetzter 20 000 Euro fließt nun ein zielgerichteter Zuschuss von 5000 Euro.

Kurz notiert**Behindertenbeirat**

Der Landkreis Göttingen richtet einen Behindertenbeirat ein. Das beschloss der Kreistag in seiner März-Sitzung. Grundlage des Beschlusses ist eine Initiative der SPD-Fraktion, die auf einen solchen Beirat nicht länger verzichten wollte. Der Behindertenbeauftragte hatte bereits beim Landrat um diesen Beirat gebeten.

Vor Ort: Sportförderung

Um die Förderung des Sports auf kommunaler Ebene geht es bei der nächsten öffentlichen Podiumsdiskussion am Mittwoch, 4. Mai 2011 um 18 Uhr in Klein Lengden. Die SPD-Fraktion ist vor Ort, um die Frage zu beantworten: Was brauchen unsere Vereine? Einzelheiten (Ort und Gäste) finden Sie auf unserer Homepage.

Vor Ort: Demografie

Am Donnerstag, 19. Mai 2011 beschäftigt sich die SPD-Fraktion ab 17 Uhr in einer öffentlichen Podiumsdiskussion vor Ort mit dem demografischen Wandel. In Adelebsen gehen Fachleute der Frage nach, wie dieses Thema am besten gestaltet werden kann. Auch zu dieser Veranstaltung sind alle Interessierten eingeladen. Einzelheiten (Ort und Gäste) finden Sie auf unserer Homepage.

Landkreis aktuell

Herausgeber:
SPD-Kreistagsfraktion Göttingen
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel. 0551/525-242

Verantwortlich: Jörg Wieland

Geschäftsführung: Marcel Riethig
Mitarbeit: Gerd Aschoff

spd@landkreisgoettingen.de
www.spd-kreistag-geottingen.de